ANTRAG

an die 189. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Tirol
am 23. Mai 2025

Kostenübernahme von Zahnfüllungen im Seitenzahnbereich für ÖGK-Versicherte sicherstellen!

Die 189. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte Tirol fordert die Gesundheitsministerin auf, in Gespräche mit ÖGK und Ärztekammer zu treten, um für alle Versicherten eine schnellstmögliche Einigung hinsichtlich Kostenübernahme von Zahnfüllungen im Seitenzahnbereich zu erzielen.

Begründung:

Zahnfüllungen zählen zu den grundlegendsten und häufigsten zahnärztlichen Behandlungen und sind für die Zahngesundheit essenziell. Seit dem 1. Jänner 2025 gilt aus gesundheitlichen Gründen ein EU-weites Verbot von quecksilberhaltigen Amalgamfüllungen. Als Ersatz für Amalgamfüllungen kommen Glasionomerzement, Alkazit und Komposit (Kunststoff-Füllung) zum Einsatz.

Die Füllmaterialien unterscheiden sich im Anwendungsbereich, im Preis und der Qualität. Glasionomerzement eignet sich zur Behandlung von Milchzähnen bei Kindern und provisorischen Lösungen. Komposit hingegen ist zwar teurer, dafür aber wesentlich langlebiger, belastbarer und ästhetischer als Glasionomerzement. Alternativ wird gerne Alkazit verwendet, welches haltbarer als Glasionomerzement und billiger als Komposit ist. Von der ÖGK werden die Kosten für Kunststoff-Füllungen im Frontzahnbereich und im Eckzahnbereich übernommen. Im Seitenzahnbereich wurden bisher nur die mittlerweile verbotenen Amalgamfüllungen übernommen, weshalb es zwischen ÖGK und Ärztekammer zu einer Diskussion über die Kostenübernahme kam, die bis dato nicht gelöst wurde.

Während sich Zahnärzte und BVAEB über die Kostenübernahme von Alkazit-Füllungen einigen konnten, bietet die ÖGK für ihre Versicherten aktuell nur eine „Zwischenlösung“ an. So erhalten ÖGK-Versicherte derzeit ausschließlich in den ÖGK-Gesundheitszentren amalgamfreie Zahnfüllungen im Seitenzahnbereich, jedoch nicht bei ihrem Zahnarzt im niedergelassenen Bereich. Österreichweit gibt es 61 derartige ÖGK-Gesundheitszentren, in Tirol mit den Standorten Innsbruck, Reutte, Schwaz und Wörgl lediglich vier. Diese Regelung führt zu einer Ungleichbehandlung von Versicherten, da Menschen mit geringem Einkommen gezwungen sind, noch längere Wartezeiten in Kauf zu nehmen oder medizinisch notwendige, aber nicht erstattete Füllungen selbst zu finanzieren. Dies widerspricht dem Grundsatz der sozialen Gerechtigkeit und einer modernen, präventiven Gesundheitsversorgung. Was für BVAEB-Versicherte möglich ist, muss auch für ÖGK-Versicherte möglich sein! Aus diesem Grund soll die Gesundheitsministerin den Druck auf ÖGK und Ärztekammer erhöhen und dafür sorgen, dass aus der „Zwischenlösung“ kein Dauerzustand wird!